

Verätzungen, Übelkeit und Erbrechen – Ukraine setzt US-Chemiewaffen gegen russisches Militär ein

19 Feb. 2024 15:46 Uhr

Der Chef der russischen ABC-Abwehrtruppen, Igor Kirillow, berichtete am Montag, dass Ende Januar russische Soldaten im Kampfgebiet mit einer in der EU verbotenen Substanz angegriffen wurden. Zuvor seien auch zwei Regionalchefs vergiftet worden.



Quelle: Gettyimages.ru © Milos Dimic

Symbolbild

Trotz des Chemiewaffenübereinkommens verfügen die USA weiterhin über hochgiftige Reaktionsmassen, die nach der Vernichtung von Giftstoffen an Standorten in den US-Bundesstaaten Kentucky und Colorado zurückgeblieben sind. Dies erklärte Generalleutnant Igor Kirillow, Chef der russischen ABC-Abwehrtruppen, bei einem Briefing des russischen Verteidigungsministeriums am Montag.

Ein weiterer Beweis für die Verletzung des Übereinkommens durch die USA sei die Weitergabe von nicht-tödlichen Chemiewaffen an den Irak, Afghanistan und die Ukraine. Während der militärischen Sonderoperation in der Ukraine seien Fälle des Einsatzes amerikanischer chemischer Munition durch die ukrainischen Streitkräfte registriert worden.

Darüber hinaus berichtete Kirillow, dass die ukrainische Armee plane, eine Art "speziellen Chemiegürtel" gegen die vorrückenden russischen Truppen zu errichten. Seinen Angaben zufolge hat die Ukraine vor, während des Vormarsches der russischen Streitkräfte Behälter mit Blausäure und Ammoniak in die Luft zu sprengen. Außerdem setzten die ukrainischen Verbände verbotene Chemikalien ein, die im Chemiewaffenübereinkommen aufgeführt sind.

Am 15. Juni 2023 sei im Gebiet Saporoschje eine Drohne mit einem Plastikbehälter, der eine Mischung aus Chloracetophenon und Chlorpikrin enthielt, gegen russisches Militärpersonal eingesetzt worden. Während Chloracetophenon als Mittel zur Aufstandsbekämpfung eingestuft sei, sei Chlorpikrin in Anhang 3 des Chemiewaffenübereinkommens gelistet und dürfe nicht einmal zu Strafverfolgungszwecken eingesetzt werden, betonte der Generalleutnant.

Am 31. Januar 2024 sei eine giftige Chemikalie auf Stellungen russischer Truppen eingesetzt worden, deren Wirkung zu Verätzungen der oberen Atemwege, Übelkeit und Erbrechen geführt habe. Bei der Substanz habe es sich um Anthrachinon gehandelt, das stark toxisch wirkt und zu Erblindung, Leber- und Nierenfunktionsstörungen führen kann. In der Europäischen Union ist Anthrachinon wegen seiner krebserregenden Wirkung verboten.

"So beschränkt sich die Ukraine – mit Unterstützung westlicher Staaten – nicht auf den Einsatz nicht-tödlicher Chemikalien, sondern setzt aktiv gelistete Chemikalien ein."

Im Dezember 2023 habe das Oberhaupt der Volksrepublik Luhansk, Leonid Passetschnik, eine schwere Vergiftung durch phenolische Verbindungen erlitten, so Kirillow weiter, und machte Kiew für die Vergiftung verantwortlich. Im August 2022 sei das Oberhaupt der Region Cherson, Wladimir Saldo, mit Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus eingeliefert worden. Labortests hätten in den biomedizinischen Proben die Substanz Rizin nachgewiesen, die im Anhang 1 des Chemiewaffenübereinkommens aufgeführt ist. Weder Passetschnik noch Saldo hatten sich zuvor dazu geäußert.

Kirillow zitierte auch den Antrag der Ständigen Vertretung der Ukraine bei der EU auf Lieferung von Schutzausrüstung und Gasmasken im Jahr 2024 und betonte, dass die beantragten Mengen für ein Land, das keine chemischen Waffen besitze, zu hoch seien.

Alle Beweise für Verstöße gegen die Konvention durch die Ukraine und die USA seien der russischen Untersuchungskommission zur weiteren Untersuchung übergeben worden.

Kirillow erwähnte, dass die 105. Sitzung des Exekutivrats der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) vom 5. bis 8. März 2024 in Den Haag, Niederlande, stattfinden wird. "Diese Organisation wurde 1997 nach dem Inkrafttreten des Chemiewaffenübereinkommens gegründet. Einer der Initiatoren für die Entwicklung des Übereinkommens war die Russische Föderation, die sie 1993 unterzeichnete und 1997 ratifizierte. Russland hat seine gesamten Chemiewaffenbestände im September 2017 früher als geplant vernichtet. Die Vernichtung erfolgte unter vollständiger Kontrolle der OPCW und von Inspektoren aus westlichen Ländern, insbesondere aus den USA."